

Hajo Töllner

- **Ratsherr (SPD - Fraktion Hatten) –**
- **Vorsitzender des Wirtschafts- und Finanzausschusses -**
Erlenweg 7

26209 Hatten - Sandkrug

Tel.: priv. 04481/87 12

Büro 0441/87 55 7

Fax.: Büro 0441/88 59 21 6

Sandkrug, den 27.6.2007

Betr.: **Abwasserbeseitigung in der Gemeinde Hatten**

Hier: Ratssitzung am 27.6.2007

Kopfzeile: SPD/FDP Mehrheitsgruppe spricht sich für eine Übertragung der Hatter Kläranlage auf den OOWV aus

I.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir stehen heute vor einer weitreichenden Entscheidung, die den Gemeindehaushalt auf Jahre beeinflussen wird, ob wir die Anlage nun behalten – und ausbauen müssen – oder an den OOWV übertragen. Die Kapazität der Kläranlage ist ausgereizt, sie muss noch in diesem, spätestens nächsten Jahr erweitert werden, hier liegt der wesentliche Unterschied zu der Entscheidungssituation von vor vier Jahren.

Ausgangslage:

Wir haben eine Kläranlage mit angeschlossenen Haushalten von ca. 4.500. Die zentrale Kläranlage und 162 Pumpwerken, 78,5 km Schmutzwasserkanälen, fast ebenso viel mit 51,2 Druckrohrleitungen und 33,50 km Regenwasserkanal.

Verwaltungshaushalt 2007: Einnahmen durch Gebühren über 1,2 Millionen bei einem Haushaltsvolumen von 13 Millionen fast 10 %. Zuschussbedarf von 135.000 € darunter Sauerstoffzugaben wegen der Überlastung der Anlage über 100.000 € und Kalk von 17.000 € Vermögenshaushalt in seinen Einnahmen über 10.000 € und Ausgaben über 211.000 €, also einem Zuschussbedarf von ca. 200.000 €, darunter in 2007 geplant die Erneuerung des Pumpwerkes am Auvert le Hamon Platz.

Nach der letzten Ausbauplanung des Ing.Büro Frilling vom 11.12.2006 (!, aber incl. 19 % MWSt.) haben sich die Investitionskosten auf 2.891.700 € erhöht. Mit einem noch in 2006 beantragten Zuschuss des Landes von bis zu ½ Million kann nicht mehr gerechnet werden.

Seit 1999 gibt es eine Diskussion über die Zukunft der Kläranlage, vornehmlich unter dem neuen Stichwort einer Privatisierung. In diversen Sitzung, Bereisungen wurden verschiedene technische Klärverfahren erörtert. Nachdem die Ratsmehrheit sowohl eine Privatisierung als auch Übertragung auf den OOWV 2003 abgelehnt hatten, wendete sich der Rat einer Erweiterung der Kläranlage auf 22.500 Einwohnergleichwerte zu. Dazu wurden ein technischer Anlagenberater und ein Rechtsanwaltsbüro eingeschaltet. Ausschreibungen und der Wettbewerb führten jedoch zu einem unbefriedigendem Ergebnis, so das in 2006 schließlich eine konventionelle Erweiterung ohne weitere Ausschreibung beschlossen worden ist.

Für den Ausbau hat die Gemeinde aufgrund der schlechten Haushaltslage in den vergangenen Jahren – Haushaltskonsolidierungskonzept noch 2005 ! – keine Rücklagen bilden können, müsste also zusätzliche Kredite über 3 Millionen aufnehmen und käme zu einer Pro Kopf Verschuldung weit über dem Durchschnitt der Gemeinden. Bereits für 2008 müsste die Kanalgebühr neu berechnet werden und von jetzt 2,39 € auf voraussichtlich 2,65 € und mehr angehoben werden.

Demokratie und Verantwortung, eine lange und gründliche Diskussion

Vorgehalten wird uns das Wahlprogramm. Mich erreicht ein anonymes Brief: „P.S. Ich gebe bewusst nicht meine Identität bekannt, Sie würden mich sowieso nur mit unsinnigen und fadenscheinigen Ausführungen überhäufen.“

Ich achte die Argumente der Übertragungsgegner. Nicht akzeptieren kann ich aber, dass man sich hier vor der Auseinandersetzung scheut und nicht bereit ist, ggf. aufgrund besserer Erkenntnis einen früheren Standpunkt überdenkt. Demokratische Willensbildung findet in einem ständigen Anpassungsprozess an veränderte tatsächliche Voraussetzungen statt. Die sechsköpfige SPD/FDP Arbeitsgruppe hat in sechs Monaten in einer sachlichen und unvoreingenommenen Weise viele Male in Klausur getagt, Fahrten unternommen, hart gerungen und ist schließlich mit großer Mehrheit, die auch von den Fraktionen getragen wird, zu dem Beschlussvorschlag gekommen, das Klärwerk zu übertragen.

II.

Hierzu die nachfolgende Pressemitteilung:

Die Fraktionsvorsitzenden der SPD Hans-Hermann Siemers und der FDP Niels-Christian Heins geben eine gemeinsame Erklärung gegenüber der Presse ab:

Die SPD/FDP Ratsgruppe Hatten wird die Bürgermeisterin beauftragen, Verhandlungen mit dem OOWV zur Übertragung der Kläranlage aufzunehmen, und zwar auf der Basis der seinerzeit abgebrochenen Verhandlungen aus dem Jahre 2003 unter Berücksichtigung der aktuellen Eckdaten.

Eine Arbeitsgruppe aus SPD und FDP unter der Leitung des Vorsitzenden des Wirtschafts- und Finanzausschusses Hajo Töllner hatte ein halbes Jahr lang anhand der aktuellen Informationen das Für und Wider abgewogen. Letztlich fiel die Entscheidung für eine Übertragung auf den öffentlich-rechtlichen Zweckverband OOWV in einer gemeinsamen Gruppensitzung am Montag, dem 11. Juni 2007.

Die Gemeinde Hatten verzeichnete in den letzten Jahren eine rege Bautätigkeit. Die Kapazitäten der Kläranlage sind jetzt ausgeschöpft. Die Kosten für die Betriebsführung steigen erheblich an. Die Gemeinde plant bereits mit Hilfe eines Ingenieurbüros eine Erweiterung der Kläranlage auf 22.500 sogenannte Einwohnergleichwerte. Das veranschlagte Investitionsvolumen erreicht inzwischen eine Größenordnung von 3 Millionen Euro. Mit den bereits vom Land Niedersachsen beantragten Zuschüssen von etwa ½ Million kann angesichts der verschärften Förderbedingungen nicht mehr gerechnet werden. Führt die Gemeinde die Kläranlage in eigener Regie fort, kommt es „zum Schwur“ und die Mittel müssen über den allgemeinen Haushalt finanziert werden, ohne dass hierfür Rücklagen in Anspruch genommen werden könnten. Der Hatter Haushalt würde mit zusätzlichen Kreditzinsen von voraussichtlich 135.000 € jährlich belastet.

Bei einer Übertragung auf den OOWV wird der Gemeindehaushalt von Investitionen in unsicherer Höhe entlastet. Ebenso übernimmt der Zweckverband die Aufgabe, das zum Teil mehr als 30 Jahre alte Kanalnetz Schritt für Schritt zu überprüfen und zu sanieren. Durch den Zusammenschluss mit anderen Gemeinden gewinnt Hatten bei der Führung der Anlage in technischer und ökologischer Hinsicht zusätzliche Fachkompetenz.

Da der OOWV bereits für die Versorgung mit Frischwasser zuständig ist und die Abwässer benachbarter Gemeinden entsorgt, ergeben sich Synergieeffekte. Das bisherige Personal bleibt und hat keine Nachteile zu befürchten. Im Gegensatz zu privaten Betreibern steht nicht die Absicht, Gewinne zu erzielen, sondern die bürger- und umweltfreundlichste Behandlung der Abwässer im Vordergrund.

Die laufenden Betriebskosten sind in diesem Jahr außerordentlich gestiegen. Die Gemeinde käme nicht umhin, die Kanalgebühr von derzeit 2,39 € im nächsten Jahr auf 2,65 € (Berechnung für 2007) und mehr anzuheben. Die jetzige Gebühr deckt die tatsächlichen Kosten bei weitem nicht mehr ab. Nach den Vorgesprächen mit dem OOWV kann bei einer Übertragung hingegen mit einer Gebühren- und Beitragsstabilität in den nächsten Jahren gerechnet werden. Es wäre dem Bürger schwer zu vermitteln, dass er für die Führung in Eigenregie wesentlich mehr zu zahlen hat.

Der „Verlust“ an demokratischen Einflussmöglichkeiten wird als gering eingeschätzt, weil die Gebührenkalkulation und die Ausbaumaßnahmen zunehmend durch sachliche und rechtliche Vorgaben eingegrenzt werden und die Entscheidungsfreiheit des Gemeinderates daher eng begrenzt ist.

Es steht nach den Erkenntnissen der Arbeitsgruppe nicht zu befürchten, dass das Klärwerk später von privaten Konzernen aufgekauft werden könnte. Sollte die Gemeinde das Klärwerk wieder selbst führen wollen, ergeben sich selbst bei einer Auslagerung von einzelnen Betriebseinheiten grundsätzlich keine Probleme, weil jeweils nach dem Buchwert übertragen wird. Verluste entstehen bei einer Übertragung für die Gemeinde nicht, allerdings auch keine Gewinne.

Die SPD/FDP Gruppe bindet ihr Votum an die Vorgabe, dass der Übertragungserlös restlos zur Ablösung von Schulden eingesetzt wird.

Als Erfolg ihrer gemeinsamen Ratsarbeit werten es die Gruppensprecher von SPD und FDP, dass selbst ein so schwieriges und kontrovers diskutiertes Thema sachlich und vertrauensvoll in breitem Einvernehmen behandelt worden ist.

III.

Ziele der SPD/FDP Gruppe

- Ausbau auf 22.500 EWG
- Festschreibung der Gebühren und Beiträge für die nächsten Jahre auf dem bisherigen Stand
- Garantien für die noch vorhandenen Sammelgruben und gemeinschaftlichen Anlagen
- Oberflächenentwässerung, ökologische Aspekte,
- Einflussmöglichkeiten der Gemeinde auf den weiteren Ausbaustandart,

- Keine Nachteile für das Personal: dies wird übernommen, dadurch entstehen z.Z. freie Kapazitäten, die Gemeinde hat bei einer sparsamen Personalbesetzung (Vergleich Landkreis) voraussichtlich jährliche Mehrkosten von 21.100 €
- Schrittweise Sanierung des Leitungssystems,
- Grundsätzliche Rückholbarkeit der Anlage zum entsprechenden Wert.

Sämtliche Fragen konnten im Sinne einer Übertragung an den OOWV positiv beantwortet werden.

Problem der demokratischen Kontrolle, Aufgabe der Daseinsvorsorge

Die Gemeinde ist nach wie vor gesetzlich verantwortlich, dass die Abwässer von den Grundstücken entsorgt und das Endprodukt nach dem Durchlauf des Leitungssystems und der Kläranlage wieder dem biologischen Kreislauf zugeführt wird.

Die Möglichkeiten der Einflussnahme der gewählten Ratsvertreter wird überschätzt. Dies haben die bisherigen Beratungen in aller Deutlichkeit gezeigt. Die Höhe der Gebühren und Beiträge wird durch die Kalkulationen externer Büros vorgegeben, politische Wertungen spielen da keine Rolle mehr.

Frieder Naschold hat zum Demokratisierungspotential komplexer Organisationen in differenzierten Gesellschaften ein grundlegendes Dilemma ausgemacht: *Tendenziell gesehen ist die Mitgliederbeteiligung in großen Organisationseinheiten minimal, in kleinen Einheiten, wo große Mitgliederbeteiligung möglich ist, jedoch trivial* (Naschold, Organisation und Demokratie 1969). Der Rat hat nur scheinbar noch die Entscheidungshoheit.

Im Gegenteil erhoffe ich mir durch die Übertragung auf den Zweckverband insgesamt eine Stärkung der kommunalen Ebene. Der Gegensatz dazu, dass die Daseinsvorsorge weiterhin in öffentlicher Hand liegt, ist die Privatisierung. Hiergegen hat sich die Arbeitsgruppe von SPD/FDP einstimmig ausgesprochen.

Ein Zweckverband ist ein von zwei oder mehreren kommunalen Körperschaften gemeinsam getragener und meist auch gemeinsam errichteter Verwaltungsträger zur Selbstverwaltung der ihnen zugewiesenen kommunalen Gesamtaufgaben.

Eine befürchtetes Monopoli wie etwa auf dem Energiemarkt bei den großen Stromversorgern ist damit gerade nicht möglich, sondern ihm wird vorgebeugt.

Wasser ist Macht ist Geld

**Akzeptiert man die Privatisierung des Wassers,
akzeptiert man die Vermarktung des Lebens (Ricardo Petrella)**

gez. Hajo Töllner